

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

ID 005/2012 (BJD)

Dringliche Interpellation Urs Huber (SP, Obergösgen): Endlager-Vorschläge: Kein Echo nach Donnerschlag? (24.01.2012)

Am Freitag, 20. Januar 2012 veröffentlichten Nagra und Bundesamt für Energie (BFE) sogenannte Arealvorschläge für die Oberflächenanlage eines geplanten Tiefenlagers für radioaktive Abfälle. In der ganzen Schweiz wurden Grundeigentümern, Gemeinden und der Öffentlichkeit mögliche Standorte für Oberflächenanlagen vorgestellt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb zum heutigen Zeitpunkt solche stark detaillierten, parzellengenauen Pläne vorgelegt werden.

Wie kann man mit der Planung von Oberflächenarealen beginnen, die u.a. den Eingangsbereich für die unterirdischen Anlagen beinhalten würden, wenn weder die Standortregion, geschweige denn die genaue Lage der Lagerstätte innerhalb der dereinst gewählten Standortregion bekannt ist? Ganz abgesehen davon, dass gerade für die Region Jurasüdfuss genauere Untersuchungen des Gebietes noch gemacht werden müssen. Das ganze Vorgehen entbehrt deshalb jeder Logik. Es ist, wie wenn jemand ein Haus bauen will, noch keine Ahnung über Standort und Lage seines Hauses hat, aber nun unbedingt die Garageneinfahrt und die Lage des Briefkastens planen will.

Nach Bekanntwerden der Nagra-Pläne reagierten alle Kantone mit einer Ausnahme relativ klar und deutlich ablehnend auf dieses Vorgehen. Vorgehen und Pläne sind für sie alle nicht nachvollziehbar. Völlig unnötig würden Bevölkerung und Regionen erschreckt. Der Solothurner Regierungsrat war die einzige betroffene Regierung, die nicht reagierte. Das hat viele Fragezeichen ausgelöst, das Stillschweigen wird als Kopfnicken aufgefasst, die Betroffenen verstehen diese Haltung nicht und fühlen sich alleine gelassen.

Diese „Zurückhaltung“ ist umso problematischer als das Vorgehen den Verdacht einer politischen Abtastübung aufkommen lässt. Wo ist ein Lager, eine Oberflächenanlage am Einfachsten realisierbar, wo ist mit dem kleinsten Widerstand zu rechnen?

Vor diesen Hintergründen fragen wir den Regierungsrat:

1. Wieso reagierte der Regierungsrat des Kantons Solothurn als einziger der betroffenen Kantonsregierungen nicht mit einer Stellungnahme? Kann der Regierungsrat nachvollziehen, dass diese „Zurückhaltung“ für die Betroffenen und Interessierten zu grosser Irritation und vielerlei Interpretationen führte?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat das Vorgehen und die konkreten Pläne der Nagra? Wie beurteilt er insbesondere die Tatsache, dass für sogenannte Oberflächenanlagen Areale parzellengenau definiert wurden, obwohl weder die Standortgebiete noch allenfalls die genaue Lage einer Lagerstätte innerhalb eines solchen Gebietes bekannt sind?
3. Waren irgendwelche kantonale Instanzen bei der Entscheidungsfindung für die Wahl der zwei Areale in Däniken beteiligt?
4. Ist es für den Regierungsrat irrelevant, wenn eine solche Anlage in dichtbesiedeltem Gebiet geplant wird?
5. Auf die betroffenen Grundeigentümer kommen schwierige Zeiten entgegen. Ob sie dereinst wirklich ausgewählt würden ist offen. Im ganzen Prozess werden sie jahre-, wenn nicht jahrzehntelang in Verfahren, Prozesse und Verhandlungen involviert werden und mit Sitzungen und Papierkrieg behelligt werden. Wie will der Kanton die betroffenen Eigentümer unterstützen?

Nicht nur die direkten Grundeigentümer, angrenzende, umliegende Grundstücke, Quartiere sind ebenfalls stark betroffen.

Begründung (24.01.2012): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Urs Huber, 2. Felix Lang, 3. Peter Schafer, Daniel Urech, Hans-Jörg Staub, Susanne Schaffner, Felix Wettstein, Heinz Glauser, Trudy Küttel Zimmerli, Markus Schneider, Fränzi Burkhalter, Anna Rüefli, Theophil Frey, Christine Bigolin Ziörjen, Walter Schürch, Fabian Müller, Ruedi Heutschi, Barbara Wyss Flück, Doris Häfliger, Marguerite Misteli Schmid, Clivia Wullimann, Evelyn Borer, Simon Bürki, Franziska Roth (24)